



DOCH KEINE GOLDGRUBE?

Pfizer-Chef glaubt offenbar nicht an Corona-Impfstoff

Von MANFRED ROUHS | Die deutsche Pharma-Firma Biontech residiert in Mainz unter einer vielversprechenden Adresse: An der Goldgrube 12. Das Unternehmen sollte ausgesorgt haben, seit es gemeinsam mit dem US-Pharma-Riesen Pfizer in Rekordzeit einen Impfstoff entwickelt hat, der rund 90 Prozent jener Menschen, die ihn verabreicht bekommen, vor einer Corona-Infektion schützen wird. So jedenfalls vermuten es derzeit zahlreiche Politiker und Journalisten. Ein wichtiger Geschäftspartner von Biontech scheint indessen nicht an den Erfolg des Projektes zu glauben: Albert Bourla, der CEO von Pfizer.

Der verkaufte noch am Tag der Erfolgsmeldung in Sachen Corona-Impfstoff die meisten seiner Aktien am eigenen Unternehmen: 132.508 Stück, die laut „Welt“ 62 Prozent seines Unternehmensanteils ausmachten, also fast zwei Drittel. Sie wechselten für 41,94 US-Dollar den Besitzer. Völlig legal, versteht sich. Bereits am Tag darauf fiel der Kurs der Aktie wieder auf USD 38,50.

Was weiß Albert Bourla, was andere nicht wissen?

Nun, der neue Impfstoff hat ein paar Tücken. Er besteht aus Proteinen, die nur kleine Segmente des Corona-Virus abbilden und damit die Produktion von Antikörpern anregen sollen. „Unerwartete Nebenwirkung könnten noch auftreten“, schreibt der „Tagesspiegel“. Und weiter:

„In der Tat sind noch viele Fragen offen, etwa ob der Impfstoff ältere Menschen mit einem meist eingeschränkten Immunsystem genauso schützt wie Jüngere, ob er nur vor Erkrankung oder auch vor Infektion schützt, und ob der Immunschutz mit der Zeit abnimmt. Vor allem aber wollen Milliarden impfwillige Menschen weltweit wissen, wie sicher der Impfstoff ist.“

Und es gibt ein Problem bei Transport und Lagerung. Denn die im Impfstoff wirksamen Proteine zerfallen sehr schnell. Das lässt sich nur durch Kühlung verhindern. Und zwar auf 80 Grad (!) unter Null.

Horchen Sie mal in Ihrer Nachbarschaft herum, wo sich der nächste Ort befindet, an dem solche Temperaturen erzeugt werden können: Da müssen Sie suchen. Sowas hat kaum ein Arzt, längst nicht jede Apotheke und kein einziger Supermarkt. Ein sehr kleiner Laborgefrierschrank, der minus 80 Grad erreicht, kostet von 8000 Euro an aufwärts ... und da passen nur wenige Impfdosen rein.

Merkel-Deutschland bekommt nicht mal ein Lüftungskonzept für Schulen hin. Da verspricht die Umsetzung der ambitionierten Impfpläne dieser Regierung spannend zu werden.

Albert Bourla weiß, wie der Kapitalismus funktioniert. Das Lob seiner Familie für seine Verkaufsaktion im November 2020 dürfte ihm sicher sein.



PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs, Jahrgang 1965, ist Vorsitzender des Vereins Signal für Deutschland e.V., der die Opfer politisch motivierter Straftaten entschädigt. Der Verein veröffentlicht außerdem ein Portal für kostenloses Online-Fernsehen per Streaming und hat die Broschüre „Coronazeit – Leben im Ausnahmezustand“ herausgegeben. Manfred Rouhs ist als Unternehmer in Berlin tätig und vermittelt Firmengründungen in Hong Kong.



Video: Coronainfo-Tour aus Bremervörde

Einen Tag nach der denkwürdigen Kundgebung in Hamburg mit Wasserwerfern und Panzern (Video hier) machte die Coronainfo-Tour von Dr. Bodo Schiffmann, Samuel Eckert, Wolfgang Greulich und Ralf Ludwig am Donnerstag um 19:30 Uhr in Bremervörde Halt.

Alle Kundgebungen der Coronainfo-Tour werden LIVE auf dem Dlive- und twitch-Kanal von Samuel Eckert, aber oftmals auch von diversen Youtubern vor Ort übertragen. Wir binden die Videos – sobald verfügbar – in diesen Beitrag ein.

Aktuelle Infos zu den jeweiligen Stationen der Coronainfo-Tour gibt es hier und auf den Telegram-Kanälen von Samuel Eckert

und Wolfgang Greulich.

Wir wünschen gute Unterhaltung und viel Erkenntnisgewinn!



AfD kippt Maskenzwang in Einkaufsbereichen von Hannover

Voller Erfolg für die AfD-Niedersachsen gegen den Maskenzwang: Das Verwaltungsgericht Hannover hält laut Beschluss vom 10. Oktober die Allgemeinverfügung der Region Hannover zum Tragen von Masken in Ladengebieten, Ladencentren, Einkaufsstraßen für rechtswidrig. Damit hat das Gericht den Klägern Dietmar Friedhoff und Dirk Brandes (beide AfD), die auf das Recht auf Eigenverantwortung der Bürger setzten, vollumfänglich Recht gegeben. Am Mittwoch erließ die Region Hannover eine neue Verfügung, in der das Tragen des Mund-Nasen-Schutzes in Einkaufspassagen aufgehoben wird.

Grund für das Kippen von Teilen der Allgemeinverfügung der Region Hannover ist ihre dilettantische Verfassung durch die Region Hannover. Diese wird derzeit vertreten durch den noch amtierenden Regionspräsidenten Hauke Jagau (SPD).

Die Vorwürfe der BILD-Zeitung, „Maskenrebell“ zu sein, können Friedhoff und Brandes nicht teilen. Es gehe hier in

keinster Weise um Rebellion, befinden die beiden AfD-Politiker. „Es geht um das Recht der Bürger. Es geht darum, ihre Interessen und Freiheiten zu wahren, Verstöße und Behördenwillkür zu unterbinden. Das sei der Auftrag eines jeden Politikers“, sagte Brandes, der seit drei Jahren den AfD-Kreisverband in der Region führt. „Wir als Parteivertreter werden weiter für die Interessen der Bürger eintreten.“

„Dass viele Mandatsträger der alten Parteien ihrem Wähler- bzw. Bürgerauftrag unzureichend oder gar nicht nachkommen, ist nicht nur eine unschöne, sondern auch eine demokratisch höchst bedenkliche Tatsache“, merkt Friedhoff an und verweist weiter auf den ominösen Entwurf des „Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ im Bundestag. „Hier handelt es sich um eine inakzeptable Aushöhlung der Grundrechte“, so Friedhoff.

Auch die Mitkläger gegen die „Coronaverfügung“, die Stadtverbandsvorsitzenden Jürgen Klingler (Region-Ost), Rocco Kever (Neustadt) und AfD-Mitglied André Marburg warten auf die notwendigen Nachbesserungen, die von der Region Hannover nun geliefert werden müssen. Sollten diese neben Unverhältnismäßigkeiten nicht rechtskonform sein, werde man weiter juristisch reagieren. Sie halten die Maßnahmen für ihre Kommunen ebenso für unverhältnismäßig.



Stuttgart: Opfer von Antifa-Attacke bedanken sich für Solidarität

Viele haben noch die Bilder des Tatorts vor Augen. Mehrere Männer lagen am Boden. Sie befanden sich auf dem Weg zu einer der ersten Querdenkerdemos in Stuttgart im Mai diesen Jahres. Blut auf dem Asphalt. Krankenhaus. Koma. Andreas Ziegler, Jens Dippon und Ingo Thut wurden von Linksextremisten brutal zusammengeschlagen.

Jens Dippon hat bis heute auf einem Auge nur zehn Prozent seiner Sehkraft wiedererlangen können. Andreas Ziegler lag viele Wochen im Koma. Er hat sich nun fast wieder komplett erholt. Die drei Männer, die alle der alternativen Gewerkschaft „Zentrum Automobil“ angehören, möchten mit dem Video oben Danke sagen.

„Wir haben gemerkt, wir stehen nicht alleine da!“

Aus der Solidarität, den vielen Nachfragen, wie es ihnen weiter erging, haben die drei Männer Kraft geschöpft. Auch die ganz praktische Unterstützung in Form von Spenden war überwältigend. Zur Ergreifung der Täter und zur Deckung der Genesungskosten sind über 50.000 Euro zusammen gekommen.

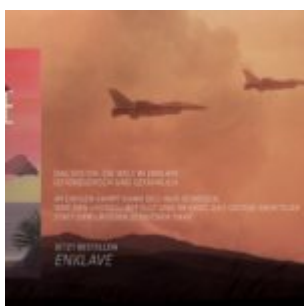
„Zentrum Automobil“ schreibt dazu:

Andy ist wieder fast gesund, jetzt soll das gespendete Geld so schnell wie möglich durch eine Stiftung zur Hilfe von Opfern linksextremistischer Gewalt anderen Betroffenen den Rücken stärken. Wer aufsteht und den Mund aufmacht, ist nicht allein!

Getroffen hat es Andy, Jens und Ingo – gemeint sind wir alle! Dem Mordversuch voraus ging jahrelange Hetze gegen die

alternative Gewerkschaft Zentrum, in dem alle drei Kollegen organisiert sind. Weil sich das Zentrum gegen Korruption, Globalisierungswahn und für Meinungsfreiheit stark macht, sehen große Gewerkschaften, Konzerne und Staatsmedien ihr Wahrheitsmonopol gefährdet – Funktionäre liefern die Totschlagargumente, die Straßenschläger dann umsetzen.

Die drei werden weiter machen: „Wir lassen uns nicht unterkriegen. Wir haben gemerkt, wir stehen nicht alleine da!“



„Enklave“ – Erstlingswerk von Volker Zierke

Eine Transsexuelle scheidet aus der Bundeswehr aus und bekommt zum Abschied ein Einhorn mit Regenbogenschweif an den Geländewagen. Kampfpanzer bieten genügend Komfort, um auch Schwangere befördern zu können. Regelmäßig stehen Mutproben und Korpsgeist in der Kritik. Annegret Kramp-Karrenbauer und Eva „Teletubbi“ Högl arbeiten an der politisch korrekten Bundeswehr, das KSK wird in Teilen aufgelöst und neu formiert. Ideologie und Haltung sind wichtiger als Kampfkraft und Wehrhaftigkeit, die Bundeswehr ist längst in weiten Teilen eine Karikatur des einstmals weltweit geschätzten und respektierten deutschen Soldatentums.

Leben wir in einer verweichlichten, ja verweiblichten Zeit?

Ja! Doch sind wir zu diesem Schicksal verdammt? Mitnichten!

In seinem Erstlingswerk *Enklave* zeichnet Volker Zierke ein gegenteiliges Bild: Er eröffnet eine Welt aus Militär und Abenteuer und dies nicht in der Vergangenheit, sondern in der Zukunft. Einer Zukunft, die um die Notwendigkeit von Männlichkeit, Mut und Kampf für die menschliche Entwicklung weiß.

Der Aufbruch ins Abenteuer, die Lust am Erkunden, die Freude am Spiel, der Reiz der Gefahr ist eines der Leitmotive in *Enklave*. Auch wenn das Buch weniger Antworten gibt als Fragen aufwirft über eine positive Zukunftsvision, die man ansonsten in der patriotischen Literatur mit wenigen Ausnahmen vergebens sucht, führen diese Fragen weg vom bloßen Lamentieren über den Verlust von Bürgerrechten und allzu Alltäglichem des Politbetriebes.

Sie führen hin zu der Möglichkeit, eine andere Zukunft zu denken, die eben nicht dystopisch ist, auch wenn sie mit grundlegenden Veränderungen einhergeht. Ein nostalgischer Rückgriff auf Vergangenes wird stets zum Scheitern verurteilt sein. Und eingedenk eingangs erwähnter Entwicklungen sind grundlegende Veränderungen mehr als nötig.

In *Enklave* erhält ein junger Offizier von der Obrigkeit den Auftrag, bewaffnete Dissidenten zu jagen, die sich auf einer abgelegenen Insel versteckt halten. Nach und nach kommt er dahinter, dass die Rebellengruppe um Oberst Khyber ein Geheimnis aufgedeckt hat – und sich nun gegen das System stellt. Dieses System, die Welt in *Enklave*, ist kriegerisch und gefährlich. Im ewigen Kampf kann sich nur beweisen, wer den »Kodex« befolgt und im Krieg das große Abenteuer statt den großen Zerstörer sieht.

Spannende und mitreißende 132 Seiten für schmale 15 Euro. Dazu ein ästhetisch ansprechendes Cover. *Enklave* ist das perfekte Weihnachtsgeschenk für Männer jeden Alters.

Bestellmöglichkeit:

» Volker Zierke: Enklave – hier bestellen!



Trump bestätigt Dominion-Hack

Die Mainstream-Medien weigern sich immer noch, den massiven Unregelmäßigkeiten der US-Wahl nachzugehen und feiern Joe Biden bereits als nächsten Präsidenten, obwohl Trump ihn am Mittwoch in einer ehrlichen Zählweise mit dem Sieg in Alaska und North Carolina überholt hat.

In Deutschland berichten nur alternative Medien wie PI-NEWS, Epoch Times, Science Files und Freie Welt über die Vorgänge.

Präsident Donald Trump hat auf Twitter die Vorwürfe einer massiven Wahlmanipulation durch das Computerwahlssystem „Dominion“ bestätigt.

„Was wissen wir über Dominion?“, fragte die Journalistin und „Frauen für Trump“-Chefin Madison Gesiotto.

„Dass sie die Wahl fälschen wollten und erwischt wurden?“, antwortete der Präsident Donnerstag-Morgen europäischer Zeit via Twitter.

Im Gespräch mit Steven Bannon sagte Trump-Anwalt Rudy Giuliani, erste Whistleblower, die mit dem Dominion-Hack vertraut sind, hätten sich gemeldet (hier das Video-Interview

in voller Länge):

Die Dominion-Whistleblowerin Mellissa Carone erklärte Lou Dobbs von Fox News (siehe Video-Aufmacher oben), wie Wahlzettel im „TCF Center“-Wahlzentrum in Detroit, Michigan gefälscht wurden und teilweise vier bis fünf mal gezählt wurden. Carone habe in Michigan für Dominion gearbeitet und ihre Aussage in einer eidesstattlichen Erklärung unter Strafe von Meineid festgehalten.

Im Gespräch mit Maria Bartiromo von Fox News sagte Trump-Anwältin Sidney Powell, es gebe „statistische Beweise, dass die Wahl unmöglich so gelaufen sein kann, wie sie dargestellt wurde.“ Laut Powell gebe es Beweise, dass in Wisconsin und Michigan „die gleiche Anzahl Stimmen zu drei verschiedenen Zeiten eingefügt wurden.“ Es seien „palettenweise Stimmen an der Hintertür abgegeben worden. Es gibt jede Menge Beweise, dass hundertausende Stimmen verworfen werden müssen, alle für Joe Biden.“

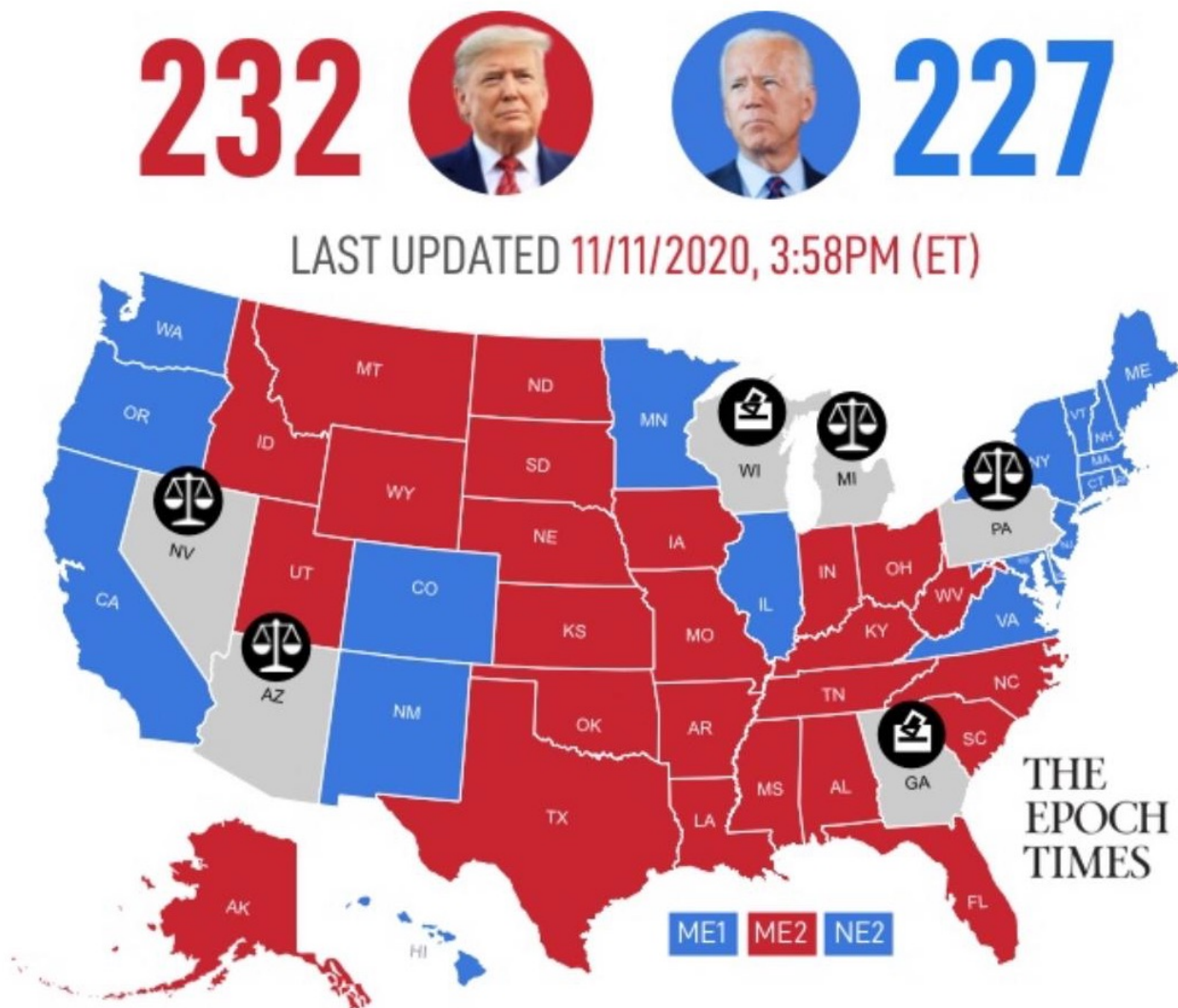
Bartiromo hatte am 8.11. enthüllt, dass „Dominion Voting Systems“, zu 60 Prozent dem Ehemann der kalifornischen Senatorin Dianne Feinstein, Richard Blum, gehört. Der ehemalige Stabschef der Fraktionschefin der Demokraten im Kongress, Nancy Pelosi, Nadeam Elshami, ist Lobbyist für „Dominion Voting Systems“.

In Pennsylvania, Virginia, Michigan und Wisconsin gab es „Computerfehler“, nach denen die Wahlsoftware „Dominion“ plötzlich Stimmen für Joe Biden addiert und Stimmen für Donald Trump abgezogen hat. Die manipulationsanfällige Software wurde in insgesamt 30 Bundesstaaten verwendet.

In zwei Wahlkreisen in Georgia fiel die Auszählungssoftware aufgrund eines überraschenden „Softwareupdates“ in der Wahlnacht aus, wie Politico berichtet. Die Betreiberfirmen

hätten mitten unter der Wahl „etwas hochgeladen, was nicht normal ist, und das hat einen Fehler verursacht“, so die Wahlaufseherin von Spalding County, Marica Ridley. In Georgia werden jetzt alle Stimmen per Hand nachgezählt.

Im Wahlkreis Antrim in Michigan wurden bereits 6000 Stimmen für Donald Trump aufgrund eines „Softwarefehlers“ mit „Dominion“ Joe Biden zugerechnet. Die Republikaner fordern eine Nachprüfung aller 47 Wahlkreise in Michigan. In Oakland County, Michigan wurden bei Lokalwahlen aufgrund eines „Computerfehlers“ dem republikanischen Kandidaten für den Landkreisvorsitzenden 1127 Stimmen abgezogen. Als der Fehler bemerkt wurde, gewann doch der Republikaner Adam Kochenderfer.



Ohne die umstrittenen Staaten liegt Trump jetzt vorn (Quelle: Epoch Times USA)

Ein Zeuge in Michigan, Patrick Colbeck, hat in einer eidesstattlichen Erklärung ausgesagt, dass die Zählmaschinen in Michigan illegalerweise mit dem Internet verbunden waren, wie Epoch Times berichtete. Der Zeuge Barry Doherty bestätigte ebenfalls, dass die Zählmaschinen mit dem Internet verbunden waren.

Am Dienstag Abend reichte die Trump-Kampagne in Michigan Klage ein und ersucht nach einer Prüfung der Funktionsweise der Dominion Software. Die Klage wird von 131 eidesstattlichen Erklärungen zu Wahlunregelmäßigkeiten untermauert, die unter Strafe von Meineid bewehrt sind.

In Pennsylvania hatte Trump um 7:31 Uhr 3.177.086 Stimmen, um 8:38 Uhr nur noch 3.144.471 Stimmen – ein Minus von 32.615 Stimmen. In Virginia verschwanden zwischen 4:42 Uhr und 5:12 Uhr 169.016 Stimmen, von 3.368.181 auf 3.199.165 Stimmen.

In Rock County, Wisconsin führte Trump am 3.11. um 11:43 Uhr mit 46.649 Stimmen vor Biden mit 37.133, ein Vorsprung von 9516 Stimmen. Um 11:57 Uhr wurden dann diese Zahlen vertauscht. Biden führte plötzlich mit exakt 46.649 Stimmen, Trump hatte plötzlich die 37.133 Stimmen von Biden.

Der Bundesstaat Texas habe 2019 die Verwendung des Dominion Systems nach einer intensiven Prüfung aufgrund Sicherheitsbedenken abgelehnt, wie Staatssekretär Jose Esparza schrieb.



Video: Freiheit in Gefahr! Bevölkerungsschutzgesetz im Bundestag

Am Donnerstag tritt der Gesundheitsausschuss des Bundestages zu einer Sitzung zusammen. Debattiert wird über das sogenannte „Dritte Bevölkerungsschutzgesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite“ – das nichts anderes ist als das Einfallstor zur Abschaffung unserer Freiheit und Grundrechte (PI-NEWS berichtete hier und hier und hier). Die Sitzung unter Leitung von Erwin Rüdell (CDU/CSU) beginnt um 11 Uhr im Anhörungssaal 3.101 des Marie-Elisabeth-Lüders-Hauses in Berlin und dauert zwei Stunden. Für die AfD wird der gesundheitspolitische Sprecher der Fraktion, Detlev Spangenberg, die vier Anträge seiner Fraktion vorstellen. Die Sitzung wird live im Parlamentsfernsehen und auf dem Youtube-Kanal der AfD-Fraktion (bitte abonnieren!) übertragen.

Erster Antrag der AfD

Die AfD-Fraktion fordert in ihrem ersten Antrag (19/22547) eine Epidemiekommision, die Kriterien festlegen soll zur Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Eine ständige Epidemiekommision solle anhand objektiver, wissenschaftlich begründeter Kriterien festlegen, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, aufgrund derer der Bundestag von einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite auszugehen habe und diese beschließen müsse, heißt es in dem

Antrag. Die Kommission müsse politisch unabhängig sein und streng wissenschaftlich arbeiten.

Zweiter Antrag der AfD

In ihrem zweiten Antrag mit dem Titel „Erneute Forderung der Aufhebung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite und Sicherstellung der parlamentarischen Kontrolle“ (19/22551) fordert die AfD-Fraktion eine ausreichende Rechtsgrundlage zur Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Das Infektionsschutzgesetz (IfSG) beinhalte keine ausreichende Rechtsgrundlage für Grundrechtseingriffe und Ermächtigungen.

Anhand wissenschaftlich begründeter Kriterien müsse festgelegt werden, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssten, aufgrund derer der Bundestag von einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite auszugehen habe und diese beschließen müsse.

Dritter Antrag der AfD

Der Titel des dritten Antrags der AfD-Fraktion lautet „Covid-19: Hygiene statt Verbote, Lockdown unterbinden – Schwere Fälle verhindern statt neue Schäden verursachen“ (19/23950). Danach soll die Bundesregierung gesetzlich sicherstellen, dass die Hygienekonzepte bundesweit einheitlich gefördert und evaluiert werden anstatt Ausgangssperren, Schließungen und Verbote („Lockdowns“) zu verfügen. Der Schutz von Risikogruppen solle in den Mittelpunkt gestellt werden.

Den Besuchern von Seniorenheimen, Pflegeheimen und Krankenhäusern will die AfD einen Antigen-Schnelltest ermöglichen. Ärztliches, pflegerisches sowie das Reinigungspersonal solle regelmäßig getestet werden und wie die Besucher beim Kontakt mit den Patienten/Bewohnern FFP2-Masken tragen. Personen, die sich selbst isolieren, sollen unterstützt werden. Gleichzeitig sei ihre medizinische Versorgung zu gewährleisten. Für Personen, die der Risikogruppe angehören, aber zu Hause leben, will die AfD eine Hilfe etablieren.

Vierter Antrag der AfD

Die AfD-Fraktion fordert in einem vierten Antrag (19/23949), die Beschlüsse des Corona-Gipfels vom 28. Oktober 2020 rückgängig zu machen und den Bundestag stärker an den Corona-Entscheidungen zu beteiligen. Sie verweist auf eine Vielzahl von Stimmen in der öffentlichen Diskussion, die die Praxis der Entscheidungsfindung in Bezug auf die Corona-Pandemie kritisieren. Es sei ein „deutliches Auseinanderklaffen von geschriebener und gelebter Verfassung“ zu erkennen, schreibt die Fraktion.

Neben der Aufhebung der Beschlüsse von Ende Oktober fordert sie, diese durch zielgenau auf den Schutz von Risikogruppen konzentrierte Maßnahmen zu ersetzen. Dadurch sollten auch die Corona-Verordnungen der Länder so schnell wie möglich außer Kraft gesetzt werden. Ferner solle die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für eine „verfassungskonforme Neufassung“ des Infektionsschutzgesetzes vorlegen.



Berlin: Ex-Moslem bestätigt Islam-Aufklärung der BPE

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Bei der Herbst-Tour der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) zur Aufklärung über den Politischen Islam ereignen sich viele wichtige Dinge, die das

Journalisten-Team vom Europäischen Widerstand Online (EWO) jetzt nach und nach in Form von Kurz-Videos auf seinem EWO Live-Kanal auf YouTube veröffentlicht. Da die BPE derzeit aufgrund der aktuellen Brisanz des Themas auch aufgrund der Terror-Serie in Frankreich und Österreich jedes Wochenende Kundgebungen veranstaltet, die das EWO-Team überall in ganz Deutschland mit Livestreams überträgt, dauert es etwas, bis diese Videos geschnitten sind.

So kam bei der Kundgebung am 9. Oktober in Berlin ein junger Kurde mit türkischen Wurzeln ans Mikrofon (*siehe Video oben*), was hochinteressant wurde. Er äußerte sich beispielsweise zum Schlagen von Frauen und zeigte anhand von Zitaten aus den Hadithen von Bukhari und Sahih Muslim, dass er über den Islam sehr genau Bescheid weiß.

So belegte er beispielsweise, dass der Prophet Mohammed auch eine seiner 13 Frauen, die blutjunge Aisha, zur Bestrafung schlug, weil sie sich unerlaubt weit vom Haus entfernt hatte. „Ich bin nicht Hans-Peter“, sagte er zu umstehenden Moslems, die ihm sogleich die Kompetenz absprechen wollten, über die gefährlichen Bestandteile des Islams zu sprechen. Ein Moslem, der ständig mit seinem Handy filmte, wurde immer aufgeregter und unterstellte, dass er „gekauft“ sei, um Schlechtes über den Islam zu verbreiten. So verlangte er von dem jungen Kurden, die Fatiha, die erste Sure des Korans, auf arabisch aufzusagen, was jener problemlos konnte.

Die Gespräche, die sich entwickelten, waren höchst aufschlussreich und lieferten einen tiefen Einblick in den faschistischen Druck, der auf jedem Moslem lastet, keine Kritik üben und schon gar nicht den Islam verlassen zu dürfen. Da droht schlicht und ergreifend die Todesstrafe. Einige Moslems meinten auch, man dürfe nicht kritisch über den Islam sprechen, wenn man kein Moslem sei:

Zeitzeugen aus dem Islam, die sich kritisch zu den

gefährlichen Bestandteilen des Politischen Islams äußern, sind ganz wichtig für die Aufklärungsarbeit, die ein historisches Ziel verfolgt: Über das Verbot all dieser gefährlichen Bestandteile die ideologischen Grundlagen für Terror, Töten, Gewalt und Krieg zu entziehen.

Auf eine der entscheidenden Fragen, ob sie als Moslems bereit wären, die Scharia mit ihren grausamen Körperstrafen für ungültig zu erklären, kam von einem Moslem die Gegenfrage:

„Sollen zwei Milliarden Moslems Dir hinterherlaufen?“

Es geht aber nicht um die Entscheidung, einem Menschen hinterherzulaufen, sondern sich zwischen der demokratische freien Gesellschaft und der Diktatur des Politischen Islams mit der Scharia zu entscheiden. Der junge Kurde meinte, dass die meisten Moslems in Berlin eigentlich froh sein müssten, in unserer Demokratie Land leben zu dürfen. Sie würden sich erstaunt umsehen, wenn sie in einem streng islamischen Land leben müssten. Aber trotzdem verteidigen viele von ihnen den Politischen Islam und die Scharia energisch:

In etwa 15 bis 25 Jahren könnten Moslems in Großstädten Mehrheitspositionen in Deutschland erreichen, schätzt der Ex-Moslem. Dann könnte es sehr bedenklich werden. Er weiß auch, dass sich der Islam von Saudi-Arabien aus nur durch Krieg ausgebreitet hat:

Die Aufklärungsarbeit der Bürgerbewegung Pax Europa (BPE) geht am Freitag in Essen und am Samstag in Wuppertal weiter:

EWO wird wieder mit Livestreams dabei sein. Es ist aber auch wichtig, dass Islamkritiker aus der Umgebung live vor Ort Gesicht zeigen. In Essen „freut“ sich die Neue Ruhr Zeitung (NRZ) bereits, dass die „Islamfeinde“ kommen:

Die islamfeindliche „Bürgerbewegung Pax Europa“ (BPE) hatte im vergangenen Sommer eine Tour durch die Republik zur „Aufklärung über den Politischen Islam“ angekündigt – am Freitag macht deren Protagonist Michael Stürzenberger nach Informationen dieser Zeitung Station in der Essener Innenstadt.

Zwischen 12 und 19 Uhr ist auf dem Hirschlandplatz deshalb mit rechten Parolen und rund 30 Kundgebungs-Teilnehmern zu rechnen. Die Polizei Essen bestätigte am Dienstag eine entsprechende Anmeldung des Veranstalters und bereitet sich auf einen Einsatz unter Corona-Auflagen vor.

Eine Gegendemonstration sei noch nicht angemeldet, dürfte aber nach Bekanntwerden des BPE-Zwischenhalts nicht lange auf sich warten lassen.

Nach Erkenntnissen von Verfassungsschützern wollen Gruppierungen oder Einzelpersonen aus dem BPE-Spektrum Muslimen die im Grundgesetz verankerte Religionsfreiheit nicht zugestehen. Sie setzen den Islam als Weltreligion gleich mit Islamismus und islamistischem Terrorismus. Bei Kundgebungen soll unter anderem gefordert worden sein, dass in Deutschland keine einzige Moschee gebaut werden dürfe.

Die Linksjugend Essen ist auch bereits in froher Erwartung:

Am kommenden Freitag kommt der Hetzer Michael Stürzenberger mit seiner islamfeindlichen Bürgerrechtsbewegung „Pax Europa“ nach Essen um angeblich über den politischen Islam aufzuklären. Stürzenberger ist ein antimuslimischer Hetzer, seine Arbeit hat nichts mit Aufklärung zu tun, sondern zielt vor allem die Abwertung von Muslimen und den Islam ab. Eine solche Veranstaltung gehört nicht in eine multikulturelle Stadt wie Essen und spaltet die hiesige Bevölkerung. Wer eine Religion und ihre Anhänger/innen diffamiert, darf hier keinen Platz haben.

Hier zur Abwechslung einmal ein objektiver Beitrag über unsere Aufklärungsarbeit in einer Mainstream-Zeitung, der Bruchsaler Zeitung, allerdings „nur“ in Form eines Leserbriefes:



Leserbrief in der Bruchsaler Zeitung zum Artikel „100 Menschen demonstrieren gegen Rechtspopulisten“ vom 17. Oktober (zum Vergrößern aufs Bild klicken).

Die Kundgebungen der BPE gehen solange weiter, bis die Altparteien und die Mainstream-Medien endlich ihre Aufgabe wahrnehmen, tabulos über die Problematik des Politischen Islams aufzuklären, damit das gewaltige Problem einer Lösung zugeführt wird. Sonst droht eine Katastrophe.



Michael
Stürzenberger

PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim

islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016 Bundesvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Kritik am Politischen Islam muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: HU70117753795954288500000000, BIC: OTPVHUBH. Oder bei Patreon.



Greifswald: Hakenkreuz- Feuerteufel ist Ägypter

Am 31. Oktober kam es in Greifswald (Mecklenburg-Vorpommern) zum Brand eines Pkw, ein weiteres Fahrzeug wurde beschädigt. An der Windschutzscheibe des beschädigten Fahrzeuges befand sich ein Zettel mit einem aufgemalten Hakenkreuz. Die Halter der Fahrzeuge sind syrische Staatsangehörige. Der Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. In den frühen Morgenstunden des 2. Novembers gegen 4:40 Uhr brannten unweit des ersten Tatortes in der Kleingartenanlage „Am Kleinbahnhof“ zwei Gartenlauben. Bei den Eigentümern der Lauben handelt es sich ebenfalls um syrische Staatsangehörige im Alter von 52 und 56 Jahren, die jedoch nicht Halter der Fahrzeuge sind. Die Lauben brannten komplett nieder, es entstand ein Schaden von etwa 20.000 EUR. Bei der Tatortuntersuchung wurden in beiden Parzellen

ebenfalls Zettel mit Hakenkreuzen aufgefunden. Der Staatsschutz der Kriminalpolizeiinspektion Anklam übernahm auch im Fall der brennenden Gartenlauben sofort die Ermittlungen und begab sich zum Tatort. Erkenntnisse aus dem Fall des brennenden Fahrzeuges und weitere Zeugenhinweise verdichteten den Tatverdacht gegen einen 42-jährigen ägyptischen Staatsangehörigen. Der Mann konnte im Rahmen der Fahndungsmaßnahmen in der Kleingartenanlage festgestellt werden. Bei ihm wurden Beweismittel festgestellt, die den Tatverdacht erhärten. Der polizeibekanntes Tatverdächtige wurde vorläufig festgenommen. Die Staatsanwaltschaft Stralsund prüft den Antrag auf Erlass eines Unterbringungsbefehls.

Nachfolgend eine kleine Auswahl weiterer „Verwerfungen“, in dem „historisch einzigartigen Experiment, eine monoethnische und monokulturelle Demokratie in eine multiethnische zu verwandeln“. Diese hätten bei einer umgekehrten Täter/Opfer-Konstellation Lichterketten-Alarm und Rassismus-Gedöns von Garmisch bis Flensburg ausgelöst. In diesem Zusammenhang möchten wir auch darauf hinweisen, dass Deutsche als „Köterrasse“ bezeichnet werden dürfen, ohne dass dies gerichtlich als Volksverhetzung geahndet wird. Ebenso werden Migranten bei der Arbeitsplatzvergabe im öffentlichen Dienst dank eines rassistischen sogenannten Partizipations- und Integrationsgesetzes gegenüber Deutschen bevorzugt. Der ehemalige Stasi-Spitzel Anetta Kahane (Vorsitzende der Amadeu-Antonio-Stiftung), ist der Meinung, dass „Ostdeutschland zu weiß ist“. Trotz solcher rassistischer Meinungen wird sie von Altparteien und Medien als Rassismus-„Expertin“ präsentiert.

Karlsruhe: Am Mittwochnachmittag, gegen 13.40 Uhr, schlug ein 28-jähriger Mann auf dem Bahnhofplatz in Bruchsal wohl zunächst unvermittelt zwei Passantinnen nacheinander mit der Faust ins Gesicht. Beide Frauen wurden leicht verletzt. Beim Eintreffen der herbeigerufenen Polizeibeamten flüchtete der Mann über die Gleise, konnte aber durch die Beamten eingeholt und vorläufig festgenommen werden. Da er keine Ausweispapiere

vorzeigen wollte, sollte er durchsucht werden. Gegen diese Maßnahme sperrte er sich erheblich, sodass die Durchsuchung nur mit Hilfe einer weiteren Streifenbesatzung durchgeführt werden konnte. Dem Mann, der von der Elfenbeinküste stammt, war zuvor sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch beziehungsweise Französisch gesagt worden, was die Beamten von ihm wollen. Nachdem der 28-jährige unter Kontrolle gebracht worden war wurde er zum Polizeirevier Bruchsal gebracht. Dort konnte bislang weder eine Drogen- noch eine Alkoholbeeinflussung festgestellt werden. Drei der eingesetzten Beamten erlitten durch die Widerstandshandlungen des Mannes leichtere Verletzungen, konnten aber ihren Dienst fortsetzen.

Alsfeld: Ein Unbekannter griff in der Straße „Alter Zeller Weg“ im Bereich der Bahngleise am späten Sonntagabend (01.11.) gegen 23.00 Uhr eine Frau an. Die Frau wurde dabei am Kopf, am rechten Auge, an beiden Handgelenken und am Dekolletee verletzt. Sie wehrte sich und der Täter flüchtete. Die Geschädigte beschreibt den Täter folgendermaßen: Männlich, etwa 1,75 m bis 1,80 m groß, schmal gebaut und südländisches Erscheinungsbild.

Berlin: Am 07. Juli 2020 zwischen 01:10 Uhr und 01:29 Uhr soll die bislang unbekannte Person zunächst auf dem S-Bahnhof Savignyplatz mehrere Personen mit Schottersteinen mehrfach gezielt beworfen zu haben. Die Steine verfehlten die Personen zum Teil nur knapp, sodass es zu keinen Verletzungen kam. Kurz darauf soll die unbekannte Person gegen 01:29 Uhr einem Mitarbeiter der Deutschen Bahn auf dem S-Bahnhof Hackescher Markt schmerzhaft in den Intimbereich getreten haben. Besondere Personenbeschreibung: – ca. 180 cm groß- mehrere Zentimeter lange erhabene Narbe auf der linken Brust. Mit Beschluss ordnete das Amtsgericht Tiergarten die Öffentlichkeitsfahndung mit Lichtbild des unbekanntes Tatverdächtigen an. Wer kennt die Person auf dem Lichtbild Wer kann Hinweise zu ihrem Aufenthaltsort geben?

Bad Hersfeld: Am Samstag (31.10.), gegen 20:15 Uhr, kam es zu einer möglichen Sachbeschädigung an einer Hauswand in der Straße „Falkenblick“. Aus einer Gruppe von Jugendlichen warf eine Person Eier an die Hauswand und verunreinigte diese dadurch. Der geschädigte Hausbewohner verfolgte die flüchtende Gruppe und es gelang ihm, den möglichen „Werfer“ einzuholen und festzuhalten. Dieser schlug dem Geschädigten unvermittelt ins Gesicht und flüchtete im Anschluss. Der Geschädigte wurde durch die Tat leicht verletzt. Er konnte folgende Beschreibung des männlichen Täters angeben: Etwa 17 Jahre alt, circa 175 cm groß, schlanke Figur, schwarze Haare und ein dezenter Oberlippenbart, vermutlich afghanischer Herkunft.

Friedrichshafen: Von mehreren Personen angegangen wurde eigenen Angaben zufolge ein 23-jähriger Mann am Sonntagabend gegen 19.45 Uhr in der Hochstraße. Beim Verlassen eines Lokals sei er von insgesamt fünf Tätern umringt und von einem der Männer auf Arabisch verbal und auch mit einem Messer bedroht worden. Im weiteren Verlauf seien die Reifen am Fahrrad des 23-Jährigen zerstochen worden. Dem Geschädigten, der unverletzt blieb, gelang es zu flüchten und eine Autofahrerin anzuhalten und diese um Hilfe zu bitten. Die polizeilichen Ermittlungen zu der Auseinandersetzung und den möglichen Hintergründen dauern an.

Hagenow: Nach einem tätlichen Angriff am späten Samstagnachmittag in Hagenow, bei dem zwei Männer leicht verletzt wurden, bittet die Polizei um Hinweise zu diesem Vorfall. Ersten Ermittlungen zufolge sollen zwei unbekannte Tatverdächtige zwei andere Männer mit Reizgas besprüht und eines der beiden Opfer zudem geschlagen haben. Der Vorfall ereignete sich gegen 17:45 Uhr an der Straßenkreuzung Söringstraße/Hamburger Straße. Zunächst soll es zu einer kurzen verbalen Auseinandersetzung zwischen den Tatverdächtigen und eines der beiden Opfer gekommen sein. In weiterer Folge sollen die Täter auf ihr Opfer eingeschlagen und anschließend Reizgas gegen den 46-jährigen deutschen Mann

angewendet haben. Ein Bekannter wollte dem Opfer zur Hilfe eilen und wurde den Aussagen zufolge ebenfalls von den Tätern mit Reizgas angegriffen. Daraufhin seien die Täter, die den Angaben der Opfer zufolge augenscheinlich arabischer Herkunft sein sollen, geflüchtet. Das 46-jährige Opfer wurde anschließend ambulant im Krankenhaus behandelt.

Mettmann: Nach einer Schlägerei in einem Bus der Linie SB50 am Samstagabend (31. Oktober 2020) an der Böttinger Straße in Haan ermittelt die Polizei wegen gefährlicher Körperverletzung und bittet um Zeugenhinweise. Das war passiert: Gegen 23:20 Uhr bestieg eine vierköpfige Gruppe den Bus der Linie SB50, um von der Düsseldorfer Altstadt in Richtung Haan zu fahren. Während der Fahrt kam es zu einer verbalen Auseinandersetzung mit einer zehnköpfigen Gruppe, welche sich im hinteren Teil des Busses aufhielt. Ein Mitglied dieser Gruppe beleidigte aus bisher ungeklärtem Grund eine 26-jährige Haanerin, die Mitglied der vierköpfigen Gruppe war. Die Freunde der Haanerin stellten den jungen Mann zur Rede, woraufhin es zu einer körperlichen Auseinandersetzung kam. An der Haltestelle „Dieker Straße“ an der Böttinger Straße in Haan verlagerte sich die Auseinandersetzung auf den Gehweg. Hierbei wurden sowohl ein 22-jähriger als auch ein 29-jähriger Haaner verletzt. Die zehnköpfige Gruppe floh noch vor Eintreffen der hinzugezogenen Polizeibeamten und konnte trotz einer sofort eingeleiteten Nahbereichsfahndung nicht mehr angetroffen werden. Der junge Mann, der die Auseinandersetzung mit seiner Beleidigung zum Nachteil der 26-Jährigen ins Rollen gebracht hatte, kann folgendermaßen beschrieben werden: circa 19 Jahre alt, circa 168cm groß, schlanke Figur, dunkle Haare, bekleidet mit schwarzer Weste und T-shirt, nordafrikanisches Erscheinungsbild.

Fellbach: In der Nacht zum Sonntag gegen 1:40 Uhr wurden drei Personen am Bahnhof von einer sechsköpfigen Gruppe Jugendlicher zunächst verbal angepöbeln. Eine 30-jährige Frau wurde aus der Gruppe heraus beleidigt, im weiteren Verlauf

versetzte einer der Jugendlichen einem 38-jährigen einen Faustschlag ins Gesicht. Zu erwähnen ist hierbei, dass zwei der drei Personen schwerbehindert sind. Der Haupttäter, von dem der Faustschlag ausging, soll etwa 170 cm groß sein, eine schlanke Statur und einen dunklen Teint haben.

Paderborn: Gleich dreimal an einem Tag ist am Freitag (30.10.2020) ein 22-jähriger Nigerianer der Bundespolizei im Hauptbahnhof Paderborn ohne Mund-Nasen-Bedeckung aufgefallen. Am Ende brachte es ihm fünf Anzeigen ein. Zweimal wurde er ermahnt, seine Maske im Bahnhof zu tragen, woraufhin er diese auch aufsetzte. Als er ein drittes Mal ohne Mund-Nasen-Schutz angetroffen wurde, sollte er sich zur Einleitung eines Bußgeldverfahrens ausweisen. Er gab an, keinen Ausweis zu besitzen und verweigerte die Angaben seiner Personalien. Stattdessen versuchte er, die Aufmerksamkeit anderer Reisender auf sich zu ziehen, indem er lautstark beklagte, er werde nur aufgrund seiner Hautfarbe kontrolliert und die eingesetzten Bundespolizisten seien Rassisten. Auf dem Weg zur Wache wehrte er sich körperlich gegen die Mitnahme, ließ sich fallen und wiederholte endlos den Rassismusvorwurf. Auch in der Dienststelle verweigerte er das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes. Neben der Einleitung von Strafverfahren wegen Beleidigung und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte wurde weiterhin drei Ordnungswidrigkeiten angezeigt. Wegen der Verweigerung des Tragens des Mund-Nasen-Schutzes und der verweigerten Personalienangabe gegenüber der Polizei erwarten ihn nun Bußgelder. Weiter ließ er Speiseverpackungen auf einer Treppe zum Bahnsteig achtlos liegen, weshalb ihm noch ein weiteres Verwarnungsgeld droht. Das Verhalten des jungen Mannes aus Geseke wurde durch das Einschalten der Bodycams durch die Bundespolizisten beweissicher dokumentiert.

Pforzheim: Wie berichtet, stürmten am Mittwochabend, 14.10.2020, vier maskierte Männer mit Baseballschläger und Pfefferspray bewaffnet in einen Friseursalon in der Pforzheimer Brüderstraße und verletzten dabei den Eigentümer

und einen Mitarbeiter. Da die Angreifer in Richtung Waisenhausplatz flüchteten und der Verdacht bestand, dass sie ihre Tatmittel hinter dem Stadttheater in die Enz geworfen haben könnten, wurde mit Unterstützung von Tauchern der Wasserschutzpolizei Karlsruhe vom Polizeipräsidiums Einsatz am 21.10.2020 der Grund der Enz hinter dem Stadttheater abgesucht. Hierbei wurden Mobiltelefone sowie Stichwaffen geborgen. Derzeit wird geprüft, ob sie den Tätern zugeordnet werden können. Durch langwierige und umfangreiche Ermittlungen gelang es, vier dringend tatverdächtige, türkische Staatsangehörige im Alter von 25, 29 und zwei im Alter von 31 Jahren, zu identifizieren. Über die Pforzheimer Staatsanwaltschaft wurden beim Amtsgericht Pforzheim Durchsuchungsbeschlüsse für deren Wohnungen erwirkt. Zudem wurde im Vorfeld ein Haftbefehl gegen einen der beiden 31-Jährigen beantragt. Im Laufe des Mittwochs wurden mit Unterstützung des Polizeipräsidiums Einsatz die Durchsuchungen in Pforzheim vollzogen. Der 31-jährige Türke konnte mit vorliegendem Haftbefehl festgenommen werden und wird unverzüglich dem Haftrichter vorgeführt werden. Nach vorliegenden Erkenntnissen dürften Streitigkeiten das Tatmotiv gewesen sein.

Berlin: Zweitens wird die Gruppe der abgelehnten und ausreisepflichtigen Asylbewerber immer größer, die nicht ausreisen wollen und deshalb ebenfalls in den Unterkünften verbleiben. Sie werden immer seltener zur Ausreise gedrängt. Die Zahl der Abschiebungen und durchgesetzten freiwilligen Ausreisen ging seit 2016 um 60 Prozent zurück. Insgesamt halten sich 14.027 abgelehnte Asylbewerber weiterhin in Berlin auf. Sie bekommen, auch wenn sie hier illegal verbleiben, dennoch Unterkunft und Verpflegung. Es ist erklärte Politik des rot-rot-grünen Senats, möglichst niemanden mehr auszuweisen, auch wenn der Staat nach dem Gesetz eigentlich dazu verpflichtet ist. Die Ausreisepflicht wird einfach nicht mehr durchgesetzt. Großzügig verteilt der Senat befristete Duldungen und verlängert sie immer wieder. Die Geduldeten

müssen irgendwo unterkommen. Also bringt man sie in den Modularen Unterkünften für Flüchtlinge unter, obwohl sie gar keine Flüchtlinge sind. Und deshalb werden immer mehr solcher Unterkünfte gebaut, obwohl die Zahl der Asylbewerber abnimmt. Man baut diese Unterkünfte also auch für Leute, die gar nicht mehr im Land sein dürften. Der Senat behandelt abgelehnte Asylbewerber praktisch genauso wie anerkannte. Das hat nichts mehr mit dem Asylrecht oder mit der Genfer Flüchtlingskonvention zu tun. Das ist eine absurde Politik auf Kosten der Allgemeinheit (*Auszug aus einem Artikel von BZ-BERLIN.DE*).

Wien: Ein 21- und ein 23-jähriger türkischer Staatsangehöriger gerieten mit einem 42-jährigen nigerianischen Staatsangehörigen in Streit. Dabei soll der 21-Jährige seinen Kontrahenten mit einem Messer bedroht haben. Anschließend soll der 23-Jährige den 42-Jährigen gewürgt haben. Beide wurden auf freiem Fuß angezeigt. Es wurden bei dem Vorfall keine Personen verletzt.